

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 85 (2010)
Heft: 11

Artikel: Deutschland rüstet ab
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-717518>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland rüstet ab

Die Bundesrepublik Deutschland steht zu ihren internationalen Verpflichtungen, auch in Afghanistan. Und die Bundeswehr steht zum «Heimatschutz», zur territorialen Verteidigung. Aber sie spart – und sie rüstet ab. Das sind die Erkenntnisse aus der 7. Sicherheitskonferenz des deutschen Handelsblattes, an der am 5./6. Oktober 2010 in Berlin über 300 Politiker, Offiziere und Rüstungsmanager teilnahmen.

Die Bundeswehr erfährt im Herbst 2010 einen dramatischen Umbruch. Seit der CSU-Politiker Karl-Theodor zu Guttenberg, ein Kandidat auf die Nachfolge der CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel, das Verteidigungsministerium übernommen hat, bleibt kein Stein auf dem anderen:

- Zum politischen Markenkern der CDU/CSU gehörte bis vor kurzem die allgemeine Wehrpflicht. An der Wehrpflicht liess die Union nicht rütteln. Just in dem Augenblick, in dem die Union ihren konservativen Flügel wieder zu stärken sucht, setzen die CSU und die CDU die Wehrpflicht aus. Im Klartext läuft das auf die Abschaffung der Wehrpflicht hinaus.
- Die Bundeswehr muss in den kommenden Jahren 8,3 Milliarden Euro sparen. Der Verteidigungsminister stellt alle grossen Rüstungsvorhaben auf den Prüfstand. Die starke deutsche Rüstungsindustrie ist alarmiert.
- Karl-Theodor zu Guttenberg stellt sich der eigenen Rüstungsindustrie hart entgegen. Namentlich beanstandet er

Verzögerungen in mehreren Grossprojekten, bei denen es sich interessanterweise in aller Regel um internationale Vorhaben handelt, in denen die deutsche Industrie mit europäischen Partnern zusammenarbeitet, so im Verbund von EADS.

- Offen spricht ebenso General Volker Wieker, der Generalinspekteur der Bundeswehr, die Rückstände in zentralen Rüstungsprojekten an: «Mir bereiten mehrere Vorhaben Sorgen. Langwierige Verfahren, Partikularinteressen und Verzögerungen schränken unseren Handlungsspielraum erheblich ein. Zu viele Projekte fallen aus dem Kostenrahmen, sie sind zu teuer; zu viele fallen aus dem Zeitrahmen, sie kommen zu spät; und zu viele erfüllen nicht einmal die verlangten Fähigkeiten, wenn sie denn einmal da sind.»

Verwundung und Tod

General Wieker, eine überaus eindrückliche Persönlichkeit, war in der Nacht vor Konferenzbeginn aus Kabul nach Berlin zu-

rückgekehrt. Er begann seine Ansprache mit den Worten: «Der Afghanistan-Krieg als ein ausserordentlich intensiver, als ein ausserordentlich gefährlicher Einsatz beherrscht das Geschehen nicht nur in den Medien, sondern auch in den Streitkräften selbst.»

Die Realität heisse: «Tägliche Gefechte, Anschläge und Hinterhalte. Die tägliche Begegnung mit Verwundung und Tod. Ich werde ununterbrochen unterrichtet über das Geschehen in Afghanistan. Meine Gedanken sind bei der Truppe, die kämpft, und bei den Angehörigen der Soldaten.»

Bekenntnis zur Truppe

Der Gegner gehe skrupellos vor: «Die Taliban kämpfen erbarmungslos und verstossen laufend gegen das humanitäre Völkerrecht. Sie schießen auf Sanitätstransporte und schrecken nicht einmal vor Angriffen auf Fahrzeuge mit Ärzten zurück.»

Das strategische Ziel der Taliban liege auf der Hand: «Sie wollen in den Heimatstaaten der Truppensteller die politische Basis zerstören. Ihr Ziel ist der Rückzug der westlichen Streitkräfte, bevor die afghanischen Streitkräfte die Verantwortung übernehmen.»

In aller Deutlichkeit bekannte sich General Wieker, der oberste Soldat der Bundeswehr, zur Verantwortung, die er für die kämpfende Truppe trägt: «Ich habe mit der politischen Leitung und der militärischen Führung dafür zu sorgen, dass die Soldaten die Ausbildung und die Ausrüstung erhalten, die sie im Kampf brauchen.»

«Wo es weh tut»

Klare Worte fand Wieker zu den deutschen Medien: «Es geht nicht an, dass Zeitungen unsere deutschen Soldaten diffamieren. Die Kampftruppe verdient Schutz vor Verunglimpfung in aller Form. Wir müssen die Handlungsfähigkeit der Truppe absichern, indem wir sie vor Diffamierung in Schutz nehmen.»

Im Rückblick bezeichnete General Wieker das Jahr 2009 als schwarzes Afghanistan-Jahr. «Die Taliban hatten das Gesetz



General Volker Wieker: «Der Gegner handelt erbarmungslos.»

des Handelns an sich gerissen. Fast alle truppenstellenden westlichen Nationen verharrten in defensiver Position.»

2010 habe sich die Führung der internationalen Schutztruppe ISAF entscheiden müssen zwischen dem Verharren in Sicherheitszonen oder einer breiten, offensiven Aufstellung der Kräfte an allen Fronten. Richtigerweise habe die zweite Vorgehensweise obsiegt. Die Bundeswehr führe jetzt eine Operationszentrale, die sieben Tage in der Woche 24 Stunden am Tag arbeite. Rund um die Uhr stünden die Medivac-Flugzeuge zur Rettung Verwundeter bereit.

Die ISAF führe die afghanischen Streitkräfte jetzt auch dahin, «wo es weh tut». Aber man könne noch nicht von einer breiten Akzeptanz der einheimischen Armee sprechen. Immerhin hätten die afghanischen Sicherheitskräfte die Wahlen vom September 2010 mehrheitlich geschützt: «So konnten 92 Prozent der Wahllokale geöffnet werden.»

Ende 2010 setze dann der Prozess ein, an dessen Ende die Übertragung der Verantwortung an die afghanischen Streitkräfte stehe. Die Risiken dieses Planes seien aber unübersehbar – siehe andere Kriegstheater wie Irak.

Unnötige Ausgaben

Zur Veränderung in der Bundeswehr zitierte General Wieker den amerikanischen Politiker Robert Kennedy: «Jeder Wandel hat Feinde.» Deutschland stehe als Mittelmacht zu seinen internationalen Ver-



Bilder: EUROFORUM/Cust

Generalleutnant Bruno Kasdorf: «Wir brauchen Panzer.»

pflichtungen, entscheide aber souverän. Der «Heimatschutz» behalte seine legitime Stellung. In einem grossen Spektrum, das von der Katastrophenhilfe bis zum Kampfeinsatz in der territorialen Verteidigung reiche, bürge die Bundeswehr für den Schutz der Bevölkerung in der Heimat.

Kritisch wandte sich General Wieker gegen unnötige Ausgaben, die das Budget der Bundeswehr belasteten. Nicht zum Kernauftrag und nicht zu den Kernkompetenzen einer Armee gehörten:

- Die Förderung des Spitzensportes.
- Der parlamentarische Flugbetrieb.

- Das repräsentative Wachtkorps.
- Das wehrsoziologische Institut.

Gefahren zur See

Einen konzisen Einblick in den Krieg auf den Weltmeeren gab Markus Hellenthal, der Geschäftsführer von Thales Deutschland. Rotterdam, Antwerpen und Hamburg seien zu Megahäfen geworden. Die Konzentration auf enge Seewege und wenige Megahäfen mache die Seefahrt verwundbar. Lösegelder und höhere Versicherungsprämien erhöhten die Frachtkosten. Vier Gefahren bedrohten die freie Schifffahrt:

Martin van Crefeld: Deftige Provokationen – ohne Antworten



Martin van Crefeld: Gegen Schlagworte.

Spannend wie immer war der Auftritt des israelischen Militärhistorikers Martin van Crefeld, von dem sein Gegner Henryk Broder behauptet, er könne einen Spazierstock nicht von einem Sturmgewehr unterscheiden. Van Crefeld entwickelte vier Thesen: Kriege finden nicht mehr zwischen Staaten statt, sondern sie sind innerstaatlich. Der Unterschied zwischen Regierung, Armee und Zivilbevölkerung ist aufgehoben. Kriege dauern lange, die zivile Bevölkerung blutet. Nicht der Sieg, sondern die Demoralisierung entscheidet den Krieg.

Gegen eine geschickte Guerilla seien konventionelle Armeen fast hilflos. Das gelte für Vietnam, Irak und den Kriegsschauplatz in Afghanistan und Pakistan. Wenn in einem Staat eine Minderheit 20 Prozent erreiche, dann werde es dramatisch. Den anwesenden Generalen rief van

Crefeld zu: «Es ist höchste Zeit, dass Sie Ihre Schlagworte einmotten. Reden Sie nicht ständig von Transformation und Vernetzung. Suchen Sie pragmatische Lösungen und gehen Sie endlich zur Tat über.»

Nachdem van Crefeld den Offizieren in alttestamentarischer Schärfe die Leviten verlesen hatte, forderte ihn der deutsche General Kasdorf auf, er solle doch seine Lösungen nennen. Van Crefelds Antwort war recht dürfig: «Wir müssen von den Siegern lernen, nicht von den Verlierern.» Und wer sind die Sieger? «Das sind die Briten in Nordirland, die den Widerstand in Jahrzehntelanger gründlicher Arbeit austrockneten. Und das ist der syrische Machthaber Hafez-al-Asad, der 1982 die Revolte von Hama mit der Armee in wenigen Tagen niederschlug» (und dabei mehrere 10 000 Muslimbrüder ermordete).

- Terrorgruppen setzten Schiffe als Transportmittel für kriminelle Aktivitäten ein. Die Schiffe der Terroristen führten verbotenes Schmuggelgut wie Waffen und Munition an Bord.
- Die transnationale organisierte Kriminalität und die Piraterie gingen mit der verbrecherischen Nutzung der Meere einher: «Somalia ist das schlagende Beispiel für dieses Phänomen. Wo das Recht fehlt und keine Strafen drohen, da schlagen die Freibeuter zu.»
- Die illegale Migration auf dem Seeweg ist zur Regel geworden. Die verbotene transnationale Wanderung ist alltäglich. Der Zusammenbruch ganzer Staaten führt zu gewaltigem Druck: zu eigentlichen Auswanderungswellen. Spanien und Italien bilden permanente Ziele der illegalen Wanderung.
- Mutwillig hingenommene Umweltzerstörungen auf den Meeren wirken sich schädlich auf die Lebensbedingungen an den Küsten aus. Der rücksichtslose Kampf um Ressourcen führt zu Schäden am Öko-System.

Schutz der Seewege

Laut Vizeadmiral Axel Schimpf, dem Inspekteur der deutschen Marine, lassen sich Seewege nicht einzelstaatlich schützen. Die Seeschifffahrt sei grundsätzlich frei: Ihre Gesetze seien unendlich larger als die Gesetze der Luftfahrt. Wie erreicht die Staatengemeinschaft Sicherheit?

- Auf dem offenen Meer wird die internationale Zusammenarbeit zum entscheidenden Erfolgsfaktor. Die Palette reicht von gemeinsamen Schutzmass-

nahmen der Reeder bis zu militärischen Allianzen wie «ATALANTA» am Horn von Afrika.

- Technische Neuerungen verbessern den Eigenschutz, zum Beispiel bessere Verbindungen zwischen den Schiffen. Hier weist der Ausbau des Kollisionschutzes den richtigen Weg.
- Erforderlich ist eine fortgeschritten Schutztechnik und die Kooperation aller Beteiligten guten Willens. Wie Schimpf anmerkt, operiert die Bundesmarine in allen drei maritimen Dimensionen erfolgreich: auf dem Meer, unter dem Meer und in der Luft.

Eine aufschlussreiche Mitteilung machte Vizeadmiral Schimpf zu den Fregatten, auf welche die Bundesmarine stolz ist: «Die Fregatte ist ein hochkomplexes System mit zahlreichen Fähigkeiten, die von der Unterseeboot-Jagd bis zur Fliegerabwehr reichen. Sie verfügt über ein Können, das weit über das hinausgeht, was es zur Seeüberwachung gegen Piraten braucht. Wir prüfen deshalb in dieser Hinsicht erste Anpassungen.»

«Wir brauchen Panzer»

Generalleutnant Bruno Kasdorf dient in der Bundeswehr als stellvertretender Inspekteur des Heeres. Als Panzergrenadier führte er ein Bataillon, eine Brigade und eine Division. In Afghanistan wirkte er im ISAF-Hauptquartier zweimal, 2007 und 2009, als Chef des Stabes.

Zum Einsatz der Waffen führte Kasdorf aus: «Als Panzergrenadier weiß ich, wie wertvoll die Infanterie ist. Doch wir brauchen auch die Panzer und die Artillerie

weiterhin, auch in Afghanistan. Nur müssen wir die schweren Waffen richtig, das heißt massgeschneidert, einsetzen.» Die Bundeswehr setze den Marder-Schützenpanzer im Norden mit Erfolg ein.

Die amerikanische Infanterie lebe in Afghanistan teilweise nicht mehr in Feldlagern, sondern in Lehmhäusern mitten in der Zivilbevölkerung: «Im Süden mischen sich die Amerikaner unter die einheimische Bevölkerung. Das ist die klassische Counterinsurgency im Sinn von General Petraeus.»

Rivalisieren in der Bundeswehr die Teilstreitkräfte miteinander? «Nein, noch nie in der Geschichte der Bundeswehr waren sich Heer, Luftwaffe und Marine so einig wie jetzt. In dieser schwierigen Zeit geht es nicht mehr um Teilstreitkräfte, es geht um die deutsche Armee als Ganzes.»

Deutschland kennt den sogenannten «Kurzdiener», der seine Wehrpflicht an einem Stück erfüllt. Wie lange soll sein Einsatz sinnvollerweise dauern? «Wir denken an eine Dienstzeit von mindestens 18 Monaten. Nur so lohnt sich die Ausbildung. Geplant sind auch Ernstfalleinsätze, das ist für Kurzdiener durchaus möglich.»

Neue Akteure

Einen Höhepunkt brachte der Auftritt des französischen Generals Stéphane Abrial. Der 56-jährige Pilot führte im Irakkrieg von 1991 die fünfte Kampfstaffel und war Generalstabschef der französischen Luftwaffe, bevor er 2009 als erster Europäer *Supreme Allied Commander Transformation* im amerikanischen Norfolk wurde. Abrial gliederte seine Gedanken in sieben Thesen:

Jörg Schönbohm: «Die zivilen Behörden sind rasch ausgeschossen»



Jörg Schönbohm.

Eine Person der Zeitgeschichte ist der 74-jährige Brandenburger Jörg Schönbohm. Vor genau zwei Jahrzehnten, in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990, befehligte er in der untergehenden DDR die Auflösung der Nationalen Volksarmee (NVA) und deren Übergang in die Bundeswehr.

«Diese Nacht bleibt mir unvergesslich», berichtet er im Gespräch: «Solange die DDR noch bestand, trugen wir zivile Kleidung. Am 2. Oktober 1990 ging ich in Strausberg um 20 Uhr in Zivil in die Kantine, wo die NVA-Offiziere in ihren DDR-Uniformen sass. Ich grüßte sie ordentlich. Am 3. Oktober ging ich wieder in die Kantine, um 6 Uhr zum Frühstück. Nun trug ich unsere Uniform, und die ehemaligen NVA-Offiziere grüßten mich in ihren

neuen Bundeswehruniformen auch ganz ordentlich. Da wusste ich: Die NVA ist aufgelöst, die DDR ist untergegangen.» Eindrücklich sei auch das Einrollen der zahlreichen NVA- und DDR-Fahnen gewesen.

Später wurde Schönbohm Innensenator von Berlin und als CDU-Politiker stellvertretender Ministerpräsident von Brandenburg. Als solcher erlebte er drei Jahrhundertfluten: «Jedes Mal waren wir, die zivilen Behörden, sofort ausgeschossen. Nur die Bundeswehr konnte das Schlimmste verhindern. Es ist dringend nötig, dass das Militär die Fähigkeit bewahrt, die Heimat zu schützen. Hochwasser-Einsätze müssen laufend trainiert werden. Wenn die Flut steigt, dann erwarten wir von der Truppe Leistung auf Anhieb.»

- Alle NATO-Staaten stehen unter enormem Finanzdruck. Gleichzeitig stehen wir an mehreren Fronten im Krieg. Doch der Krieg darf nicht unsere ganze Aufmerksamkeit absorbieren. Wir müssen den Kopf frei haben für die Weiterentwicklung unserer Streitkräfte.
- Wir alle müssen noch effizienter werden. Mein Auftrag ist es, mit den vorhandenen finanziellen Mitteln ein Höchstmaß an Sicherheit zu produzieren.
- Neue Akteure treten auf. Neue Gegner gehen raffiniert vor. Wir dürfen den Terror nicht unterschätzen. Der Gegner rüstet sehr geschickt auf. Eine einzige schultergestützte Flab-Rakete kann in einer An- oder Abflugschneise zur gefährlichen Bedrohung werden.
- Ohne Training kein Erfolg: Übe, wie du kämpfst. Die Trainingszentren der NATO fallen unter meinen Auftrag. Die gemeinsamen Einrichtungen in Norwegen und Polen haben einen hohen Stellenwert.
- Ohne angemessene Ausrüstung kein Erfolg: «Ich glaube nicht an die omniöse Silberkugel, ich glaube nur an die robusten Waffen, die sich an der Front jeden Tag im langen Gefecht bewähren.»
- Der Artikel 5 der NATO-Charta behält seine Bedeutung. Allein schon die neuen osteuropäischen Mitglieder der Allianz pochen auf die Bündnisver-

pflichtung. Für sie war der Artikel 5 der Grund, sich um die Mitgliedschaft im Bündnis zu bewerben.

- Die NATO wird sich politisch, militärisch und wirtschaftlich als überlegen erweisen. Wir brauchen Beweglichkeit. Jedes Kriegstheater ist anders. Mein Ziel lautet: Auch in Zukunft soll die Allianz gut ausgerüstet, gut ausgebildet in den Krieg ziehen – um mit Theodor Fontane zu sprechen: Ein weites Feld.

Blick in den Weltraum

Zum Schluss noch ein Blick in den Weltraum. Eine Arbeitsgruppe bearbeitete das Verhältnis von Bundeswehr und Weltraumindustrie. Brigadegeneral Martin Schelleis, in der Luftwaffe zuständig für Führung und Operationen, hob hervor, dass schon heute alle Einsätze vom Weltraum abhängen: «Denken wir nur an die Satellitenverbindungen, an die Satellitenavigation und an die robotischen Fähigkeiten, die immer stärker den Menschen im Weltraum ersetzen.»

Die deutschen Streitkräfte seien zur Nachrichtengewinnung direkt auf eine Präsenz im Weltraum angewiesen. Auch die Bereiche Zieldaten und Kartenmaterial seien untrennbar mit dem Weltraum verbunden. Weltraumforschung sei teuer. Die Bundeswehr erkenne Synergien mit der zivilen Forschung und der deutschen Industrie. Deutschland baue jetzt ein Weltraumlagessystem auf. Federführend sei dabei das



General Abrial: Neue Akteure.

Wirtschaftsministerium. Die Luftwaffe wirke als Operateur mit.

Berry Smutny, Chef der deutschen Weltraumfirma OHB, äußerte sich besorgt über den Müll, der im Weltraum herumfliege. Alle Nationen müssten zum Schutz gegen Trümmer zusammenarbeiten: «9000 Satelliten sind im Orbit, aber nur 900 sind operationell.» Unabhängig davon, wer den Schrott verursachte, müssten die Welt Raumnationen feststellen, wo Trümmer herumfliegen – und die Flugbahnen ihrer Satelliten anpassen.

fo. ☐

Deutsche Rüstung: Gemäss Handelsblatt sind diese Vorhaben gefährdet

Die Strukturreform der deutschen Bundeswehr, der Sparbefehl der deutschen Regierung (8,3 Milliarden Euro) und etliche Verzögerungen im Projektlauf stellen grosse europäische Rüstungsvorhaben in Frage.

Airbus A400M

Bei diesem grossen Militärtransporter verhandelt die deutsche Regierung noch immer mit dem Hersteller EADS und den europäischen Partnern. Der Airbus wird immer teurer, die Produktion verzögert sich. Deutschland erwägt, statt der bestellten 60 Maschinen (im Betrag von 9,25 Milliarden Euro) weniger Flugzeuge abzunehmen. Der jüngste Stand schwankt zwischen 45 und 49 Exemplaren.

Talarion-Drohne

Die EADS-Drohne steht intern auf einer ominösen Streichliste, die offiziell

«Priorisierung der Materialinvestitionen» heisst. Die Liste ist bei Verteidigungsminister zu Guttenberg, und Talarion steht weit oben. Das Projekt ist als Ganzes gefährdet.

Tiger-Helikopter

Die bestellte Stückzahl von 80 Kampfhubschraubern soll nach aktuellen Plänen auf 40 halbiert werden. Gründe: Technische Probleme und die verspätete Lieferung der Helikopter.

NH-90-Helikopter

Auch der Transporthelikopter NH-90 wird verspätet geliefert. Wie bei Tiger-Kampfhubschrauber treten erhebliche technische Probleme auf.

MEADS-Raketenabwehr

Beim MEADS-Raketenabwehrsystem handelt es sich um das letzte grosse trans-

atlantische Projekt. Fachleute bezeichnen es als veraltet und überflüssig. Bereits in der Entwicklungsphase machte MEADS durch drastische Kostensteigerungen auf sich aufmerksam. Es besteht kein Abnahmewang. Es bestehen Pläne, die Zahl der Systeme von den vorgesehenen 12 auf 8 abzubauen.

Puma-Schützenpanzer

Der Puma-Schützenpanzer wird immer teurer. Gleichzeitig beschwert sich die Bundeswehr darüber, dass sie noch kein Serienfahrzeug im Probelauf hat.

Eurofighter-Kampfflugzeug

Der Kampfjet soll pro Stück rund 100 Millionen Euro kosten. Ursprünglich wollte die Bundesluftwaffe 180 Maschinen kaufen. Der Verteidigungsminister erwägt, die Tranche 3b zu streichen. Damit würden 37 Flugzeuge wegfallen.